



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Agrarstrukturgesetz

Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest:

1. Der in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Referentenentwurf eines Agrarstrukturgesetzes der Landesregierung hat zu großer Besorgnis in landwirtschaftlichen Unternehmen und landwirtschaftlichen Verbänden sowie unter der dörflichen Bevölkerung geführt.
2. Eine breite öffentliche Diskussion zu diesem Gesetzesvorhaben führte letztlich dazu, dass
 - der Bauernverband e. V. Sachsen-Anhalt,
 - der Genossenschaftsverband e. V.,
 - der Fachprüfverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e. V.,
 - der Grundbesitzerverband e. V. und
 - der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband e. V.den Gesetzentwurf ablehnen.
3. Darüber hinaus stellt die Bankenarbeitsgemeinschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Sachsen-Anhalt fest, dass diese Gesetzesinitiative die regionale Wirtschaft schwächt und die Weiterentwicklung der ländlichen Räume erschwert.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von der in der Öffentlichkeit angekündigten und vorgestellten Gesetzesinitiative für ein Agrarstrukturgesetz Abstand zu nehmen und dieses Vorhaben nicht weiter zu verfolgen.

Begründung

Mit dem in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Referentenentwurf der Landesregierung für ein Agrarstrukturgesetz wird nicht im Geringsten das von der Landesregierung sehr öffentlich wirksam erklärte ursprüngliche Ziel erreicht. Außerlandwirtschaftliche Investoren werden so nicht wirksam vom landwirtschaftlichen Bodenmarkt ferngehalten und es wird auf diese Weise nicht verhindert, dass der Boden zu einem lukrativen finanziellen Spekulationsobjekt verkommt. Dieser Gesetzentwurf ist auch nicht geeignet, wirkungsvoll preisdämpfend den Bodenmarkt zu regulieren. Stattdessen gefährdet er die weitere Entwicklung erfolgreicher und zukunftsfähiger Agrarunternehmen, die von einer breiten dörflichen Gemeinschaft unterstützt und akzeptiert werden.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender